

Thießen, Malte: *Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2017. ISBN: 978-3-525-37053-7; 400 S.

Rezensiert von: Annemone Christians, Abteilung für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte, Ludwig-Maximilians-Universität München

Malte Thießen, Leiter des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte, legt seine Geschichte des Impfens in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert in einer Atmosphäre vor, in der das Thema politisch und gesellschaftlich lebhaft diskutiert wird. Denn die Diskrepanzen zwischen Impfgegner/innen und Impfbefürworter/innen eignen sich gut dafür, zu Fronten im Kampf um das hohe Gut „Gesundheit“ stilisiert zu werden. Zudem bieten Pläne zu gesetzlichen Impfpflichten gewichtige Gründe, um über das Verhältnis von Staatsgewalt und bürgerlicher Souveränität zu streiten.¹

Der Aktualitätsbezug macht Thießens Habilitationsschrift besonders spannend, denn diese verspricht, die bisher vernachlässigte Vorgeschichte zum deutschen Impfdiskurs der Gegenwart zu erzählen. Doch der Autor weitet den Erkenntnishorizont noch aus: Die Geschichte des Impfens müsse nicht nur als Problemgeschichte des Sozialstaats gelesen werden, sie sei auch elementar für die historische Analyse der Wissensgesellschaft. Schließlich schreibe man damit auch eine Geschichte der Zukunft, handele es sich beim Impfen ja um Vorsorge, also um einen Umgang mit dem Imaginierten und Unsichtbaren. Damit bewegt sich Thießen im Forschungsfeld zur „Sicherheitsgeschichte“ – das er bereits selbst bestellt hat² – und interpretiert „Vorsorge und Impfungen [...] als Signum der Moderne schlechthin“ (S. 16). Dieses prall gefüllte Arbeitsprogramm versucht er zu bewältigen, indem er vier Perspektiven verfolgt: Erstens erkundet er Immunität als „Kulturgeschichte des Politischen“, zweitens als Objekt einer Verwissenschaftlichung; drittens will er Verflechtungen von Wissenschaft und Wirtschaft in den Blick nehmen, und schließlich interessiert ihn die „Praxeologie der Immunität“, also eine Erfahrungsgeschichte des Impfens.

Methodisch knüpft Thießen eng an das von Eckart Conze formulierte Konzept der „Versicherheitlichung“ an, das bestimmte staatliche Interventionen mit der Wahrnehmung von existenziellen Gefährdungen erklärt.³

Die historische Langzeitstudie beginnt in den 1870er-Jahren und endet etwa 1990. Die ersten beiden chronologischen Kapitel datieren eine impfgeschichtliche Zäsur auf das Jahr 1930; die letzten beiden Kapitel untersuchen Immunität in den beiden deutschen politischen Systemen, zunächst in der Bundesrepublik, zum Abschluss in der DDR. Die vier Hauptkapitel sind ähnlich aufgebaut und folgen den einleitend aufgezeigten vier Perspektiven: Jedes Kapitel beginnt mit einem Unterkapitel zu „Akteuren, Institutionen und Handlungsfeldern“, beschäftigt sich dann mit der Generierung und Problematisierung von Impf-Wissen und nimmt anschließend die Ökonomisierung des Impfens in den Blick. Abschließend enthält jedes Großkapitel einen erfahrungsgeschichtlichen Abschnitt über die Praxis der „Zugriffe auf den Körper“ im jeweiligen Untersuchungs(zeit)raum. Als erzählerisches Prinzip wirkt dieses Abarbeiten wiederkehrender Fragestellungen mitunter etwas statisch, birgt aber im Gegenzug den Vorteil der pointierten Vergleichbarkeit.

Im ersten Kapitel spürt Thießen den Anfängen einer nationalen Gesundheitspolitik nach, als deren Startpunkt er die reichsweite Einführung der Pockenimpfpflicht benennt. An der neuen Impfpflicht haben die staatlichen Akteure ihre „Interventionskompetenz“ (S. 130) erproben und diese auch gleich institutionalisieren können. Im Kaiserreich und der Weimarer Republik wurde die Verrechtlichung von Gesundheit zwar entscheidend vorangetrieben, wies aber Ambi-

¹ Vgl. exemplarisch: Jochen Bittner, Der Piks und die Würde. Der Gesundheitsminister plant eine Impfpflicht. Dem könnte das Grundgesetz entgegenstehen, in: DIE ZEIT 43/2019, 17.10.2019, <https://www.zeit.de/2019/43/impfpflicht-grundgesetz-jens-spahn-gesundheit-infektionskrankheiten-erziehungsrecht> (14.11.2019).

² Nicolai Hannig / Malte Thießen (Hrsg.), Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken, Berlin 2017.

³ Eckart Conze, Securization. Gegenwartsdiagnose oder historischer Analyseansatz?, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 453–467.

valenzen auf, wie Thießen am Umgang mit Zwangsimpfungen und Impfschäden zeigen kann. Der „Vorsorgestaat“ sei bei der Durchsetzung der Impfpflicht zumeist pragmatisch und nicht gesundheitsideologisch vorgegangen. Aufschlussreich sind hier auch Thießens Erkenntnisse zur Verwissenschaftlichung der Vorsorge: Der zunehmende gesellschaftliche Gestaltungsanspruch von Medizinern als wissenschaftliche Politikberater wurde durch „eklatante Wissenslücken konterkariert“ (S. 132) – eine fatale Ambivalenz, die sich bis in die Praxis der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ verfolgen lässt.

Im zweiten Hauptkapitel spürt Thießen dem Stellenwert von Immunität im Konzept des nationalsozialistischen „Volkskörpers“ nach. Zu dessen „Behandlung“ entstand ein ganzer „rassenhygienischer“ Apparat aus staatlichen und kommunalen Gesundheitsämtern. Thießen legt frei, dass im gesundheitspolitischen Programm der NSDAP nennenswerte Initiativen zum Impfen zwar fehlten – sowohl aus den Reihen der Naturheilkundler als auch dem Expertenkreis der „Rassenhygieniker“ wurden gar impfkritische Stimmen laut. Doch das Paradigma der Vorsorge gewann Ende der 1930er-Jahre immer mehr an Bedeutung, und dabei spielte die Immunisierung eine wichtige Rolle.

Zwei Befunde dieses Kapitels sind zudem besonders aufschlussreich: Erstens sei im Umgang mit der Impfpflicht in den 1930er-Jahren eine „latente Liberalisierung“ zu beobachten. Die nationalsozialistische „Biodiktatur“ habe keineswegs auf eine Ausweitung des Impfzwangs gesetzt, sondern vielmehr auf eine „flankierte Freiwilligkeit“ (S. 159). Das NS-Regime habe bei neuen Impfprogrammen – wie bei der Einführung der Diphtherieschutzimpfung 1934 – an die Verantwortung des „vernünftigen ‚Volksgenossen‘“ (S. 200) appelliert. Dies habe den sozialen Druck erhöht und damit zu einer Normierung von Immunität beigetragen. Zweitens traten Pharmaunternehmen als neue wichtige Akteure auf den Plan. Bayer, Hoechst und die Behringwerke trieben die Vermarktung von Impfstoffen entscheidend voran und gaben staatlichen Impfkampagnen mit ihrem professionellen Marketing ungeahnten Rückenwind, so Thießen. Zudem haben die internationale Ex-

pansion der Unternehmen in Osteuropa und die dortige aggressive Besatzungspolitik des NS-Staats gegenseitig katalysierend gewirkt.

In der Bundesrepublik wurden diese Ansätze zur „Vermarktlichung“ des Impfens stark ausgebaut, wie der Autor im dritten Kapitel zeigt. Er vollzieht nach, wie Impfstoffe und Impfwissen seit den 1960er-Jahren zum Gegenstand internationaler Beziehungen wurden und diese Verflechtungsprozesse zu einer „Veralltäglichung von Immunität“ (S. 292) führten. In der bundesdeutschen Impfpolitik seien sowohl Tendenzen zu erkennen, Immunität weiter zu normieren und den Bürger zu disziplinieren: Impfprogramme, die unter anderem nun auch gegen Polio, Tetanus und Masern immunisierten, seien als Ausdruck eines persistenten Bevölkerungskonzepts zu verstehen, das einerseits vom Misstrauen gegenüber individuellem Verhalten und andererseits von zeittypischer Planungseuphorie geprägt gewesen sei. Gleichzeitig würden die Impfdebatten der Zeit deutlich machen, dass nun auch die Disziplinierung des Staates verhandelt wurde, also die Sicherheit des Einzelnen vor staatlicher Intervention an Bedeutung gewann.

Als Charakteristikum ostdeutscher Impfpolitik hebt Thießen im letzten Hauptkapitel hervor, dass Immunität ein zentrales Element des Gesundheitsversprechens der DDR darstellte – Impfquoten wurden dabei zu Kennzahlen regionaler Leistungsfähigkeit und politischer Zuverlässigkeit. Trotz der nachgewiesenen Schwachstellen und (Ressourcen-) Probleme des zentral gelenkten Gesundheitswesens der DDR seien diese Quoten überraschend hoch gewesen. Ein „totale[r] ‚Herdenschutz‘“ (S. 350) sei dennoch Fiktion geblieben und Immunität (auch) in der DDR vielmehr als soziale Projektionsfläche zu verstehen. Bemerkenswert sei die deutsch-deutsche Verflechtung der Impfpolitik: Für die Bundesrepublik habe das Gesundheitshandeln der DDR lange eine Referenz dargestellt, außerdem ließen sich deutsch-deutsche Forschungs- und Handelsbeziehungen jenseits der bekannten Systemkonkurrenz nachweisen. Zum Beispiel im Kampf gegen ein Wiederaufflackern der Pocken in den 1960er-Jahren seien gemeinsame Problemhorizonte erkennbar.

Thießens Studie schließt eine Lücke in der Erforschung der deutschen Sozialstaatsmodelle seit 1870. Der Autor kann spannende ideologische Traditionen und praxeologische Brüche im „Wechselspiel zwischen Vorsorge, Sicherheit und Sorglosigkeit“ (S. 353) nachweisen und schlüssig zeigen, dass „Gewalt gegen den Einzelnen im Dienste des Allgemeinwohls [...] kein Relikt eines autoritären Kaiserreichs, einer rassistischen ‚Biodiktatur‘ oder eines sozialistischen Planungsregimes“ (S. 354f.) war. Um die wichtigen kulturhistorischen Befunde noch zu ergänzen, würde man sich an manchen Stellen quantitative Übersichten zu Impfquoten, -schäden und Krankheitsfällen wünschen. Und auch die Ergebnisse zur Vermarktlichung des Impfers hätten eventuell davon profitiert, die Archivquellen der untersuchten Pharmaunternehmen zu berücksichtigen. Insgesamt handelt es sich aber um eine gut lesbare, thesenstarke Studie, die einen wichtigen Beitrag zur historischen Analyse des Verhältnisses vom deutschen „Vorsorgestaat“ zu seiner „Risikogesellschaft“ leistet.

HistLit 2019-4-106 / Annemone Christians über Thießen, Malte: *Immunisierte Gesellschaft. Impfen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*. Göttingen 2017, in: H-Soz-Kult 22.11.2019.